

Abschlussklärung der Landeskonferenz 2022 der DFG-VK NRW



Deutsche Friedensgesellschaft -
Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen LV NRW
www.nrw.dfg-vk.de

Ein sofortiges Ende der Kampfhandlungen in der Ukraine fordern die Teilnehmer:innen der Landeskonferenz der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) NRW, die am 10./11. September 22 in Duisburg stattfand. Sie rufen die Kriegsparteien zu Verhandlungen über einen Waffenstillstand auf und appellieren an die NATO-Staaten, sich ebenfalls für solche Verhandlungen stark zu machen. Mit ihren zunehmenden Waffenlieferungen übernehmen die westlichen Staaten, darunter auch Deutschland, mit die Verantwortung dafür, dass dieser Krieg weiter andauert und immer mehr Opfer fordert. Mit dem Angebot der Rücknahme von Sanktionen kann hingegen versucht werden, Russland zurück an den Verhandlungstisch zu holen.

Die Strategie der westlichen Staaten, Russland durch umfassende Embargos zu isolieren und zur Beendigung des völkerrechtswidrigen Krieges zu bewegen, scheint gescheitert. Eine Fortsetzung dieser Konfrontationspolitik droht nicht nur die europäische sondern auch die Weltwirtschaft extrem zu belasten. Die DFG-VK NRW teilt die aktuelle Einschätzung der fünf führenden deutschen Friedensforschungsinstitute: „Für die anstehenden Probleme der europäischen Sicherheit, aber auch darüber hinaus für die weltpolitischen Herausforderungen der Klima-, Ernährungs- und Gesundheitskrise, ist die Orientierung an der Idee kooperativer Sicherheit und einer gesamteuropäischen Friedensordnung notwendig.“

Nach wie vor steht die Gefahr im Raum, der Ukrainekrieg könne eskalieren, auf die NATO ausgedehnt werden und zum Atomkrieg anwachsen. Vor diesem Hintergrund wird erneut dramatisch die Gefahr der Existenz von Atomwaffen auch in unserem Land deutlich. Davor warnte eindrücklich der Bürgermeister von Nagasaki, Taue, am diesjährigen Nagasaki-Gedenktag: Der Glaube, dass man sie zur Abschreckung besitzen könne, sei ein Hirngespinnst. Mit Bezug auf die aktuell im nordrhein-westfälischen Nörvenich stationierten Tornado-Atombomber der Bundeswehr fordert die DFG-VK NRW das Ende der Nuklearen Teilhabe, den Abzug der US-Atombomben aus Büchel und den Verzicht auf die Anschaffung neuer F-35-Atombomber für die Bundeswehr.

Die Delegierten der DFG-VK NRW vergessen nicht, dass die Welt nicht nur aus Europa besteht. In vielen Staaten der Erde herrscht neben Armut und Hunger auch Krieg, mit den Nachbarstaaten oder innerstaatlich. Überall sind Waffenhändler und Waffenproduzenten – auch aus NRW - im Geschäft, warten auf ihre Verkaufschance oder schaffen sie sogar selber. Diese Krisen und Kriege bilden einen Grund für die Flucht von Millionen Menschen aus ihren Heimatländern. Die Teilnehmer:innen der Landeskonferenz setzen sich ein für eine Stärkung der zivilen Instrumente zur Bearbeitung der zahlreichen Konflikte in der Welt. Die Rüstungsexporte in Kriegs- und Krisengebiete müssen verboten werden, die DFG-VK NRW fordert ein wirkungsvolles Rüstungsexportkontrollgesetz.

Energisch verurteilt die Landeskonferenz das 100 Mrd.-Aufrüstungspaket der Bundesregierung und die Pläne, den Rüstungsetat auf jährlich 2% der Wirtschaftsleistung festzuschreiben. Mit den 100 Mrd. sollen vorrangig neue Hochrüstungssprojekte wie das Kampfflugzeug-Projekt FCAS finanziert werden. Ein Rüstungsetat von 2% würde Deutschland zum Land mit den drittgrößten Rüstungsausgaben der Welt machen. Dieses Geld fehlt bei der Finanzierung eines effektiven Gesundheitssystems, im Bildungs- und Sozialbereich sowie bei der Bekämpfung des Klimawandels.

Für den 3. Oktober ruft die DFG-VK NRW zusammen mit vielen anderen Friedensgruppen zur Demonstration in Kalkar/Uedem gegen die dortigen Kommandozentralen der Bundeswehr- und NATO-Luftwaffe auf. Sie sind zentrale Strukturen einer möglichen militärischen Konfrontation mit Russland. Auch die Demonstration gegen das Atomkriegsmanöver Steadfast Noon in Nörvenich am 22. Oktober wird von der Friedensorganisation mit organisiert.

Duisburg, 11.9.2022